

Nr. 10 · 18.3.2011 · 0,73 €

Wochenmagazin der **SPÖ**

aktuell



NEIN DANKE!

Die Katastrophe in Japan ist „das“ bestimmende politische Thema dieser Woche. Es geht einerseits darum, Hilfe für die Menschen, die den Erdbeben, dem Tsunami und dem atomaren Super-GAU ausgesetzt waren, zu organisieren. Andererseits stellt sich aber neuerlich die dringliche Frage nach einem europäischen Ausstieg aus der Atomenergie, die sich einmal mehr als nicht kontrollierbar erwiesen hat. Auch die Sicherheits-Situation des kernenergiefreien Österreichs, das von Atom-Kraftwerken umgeben ist, muss beleuchtet werden.

In Sachen Pflegefonds ist der SPÖ-geführte Regierung eine Einigung zwischen Bund und Ländern gelungen. In Anbetracht der Alterspyramide und der Zunahme von Pflegefällen ein Muss – und ein weiteres von Bundeskanzler Werner Faymann eingelöstes Versprechen.

Aufgrund der Berichterstattung über die Pflege-Einigung bitten wir um Verständnis, dass die Kreisky-Serie erst in der nächsten Ausgabe fortgesetzt wird.

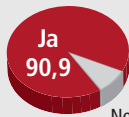
Eure Redaktion



Wie kann man Schülerinnen und Schülern Theater näherbringen? Das war die Fragestellung des „Österreich 2020“-Gastkommentars von Anna Badora, Intendantin am Schauspielhaus Graz (Seite 14). Fortgesetzt wird der „Zukunftsdiskurs Bildung“ mit Bildungsministerin Claudia Schmied. Diesmal in Bruck an der Mur (Termin Seite 15).

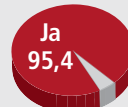
Umfrage zu Kernkraft

Umfrage 12. - 14. März 2011 | 713 Befragte, Angaben in Prozent



„Ich fordere den sofortigen und dauerhaften Ausstieg aus der Atomenergie in Europa.“

„Mich beunruhigen die AKWs mit unterschiedlichen Sicherheitsstandard rund um Österreich.“



Quelle: APA/Ökonosult | Grafik: SPÖ

Überwältigende Mehrheit gegen Atomkraft

Die Katastrophe in Japan hat einmal mehr gezeigt, wie unkontrollierbar und gefährlich Atomkraft ist. Die SPÖ spricht sich daher für einen europaweiten Atomausstieg aus. Auch über 90 Prozent der Österreicherinnen und Österreicher fordern den Ausstieg Europas aus der Atomenergie. ♦

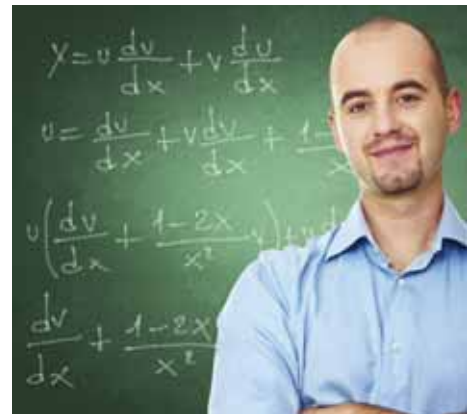


Bilderbox

KMU brauchen nach der Krise Unterstützungen.

Günstige KMU-Kredite

Klein- und Mittelbetriebe wissen oft nichts über geförderte Finanzierungen durch die öffentliche Hand. „Die Banken müssen endlich ihrer Informationspflicht über die Angebote des AWS (Austrian Wirtschaftsservice) nachkommen“, so SPÖ-Wirtschaftssprecher Christoph Matznetter. Er appelliert daher an den Wirtschaftsminister, auf die Banken einzuwirken. ♦



Fotolia

Die SPÖ hofft, dass die ÖVP bei den Verhandlungen zum neuen Lehrer-Dienstrecht weiterhin konstruktiv mitwirkt.

Lehrer-Dienstrecht: Verhandlungen gestartet

Bildungsministerin Claudia Schmied zeigte sich nach einem regierungsinternen Abstimmungsgespräch in Sachen neues Lehrer-Dienstrecht „sehr zufrieden“. An dem Gespräch nahmen neben Beamtenministerin Gabriele Heinisch-Hosek auch ÖVP-Finanzstaatssekretär Lopatka und ÖVP-Bildungssprecher Amon teil. SPÖ-Bildungssprecher Elmar Mayer begrüßte die Fortschritte bei der Erarbeitung des neuen Dienstrechts: „Die von Bildungsministerin Claudia Schmied und Beamtenministerin Gabriele Heinisch-Hosek initiierte Modernisierung des Lehrerdienstrechts ist voll auf Schiene.“ ♦

Zitat der Woche

„Mit dem Pflegefonds ist gewährleistet, dass die Pflege der älteren Generationen auch in Zukunft gesichert bleibt.“

Bundeskanzler Werner Faymann

Erfolg für Bundeskanzler Werner Faymann bei Euro-Gipfel

Die Länder der Euro-Zone haben sich beim „Pakt für den Euro“ darauf geeinigt, dass Lohn- und Pensionspolitik in der Kompetenz der Mitgliedsländer bleiben.



HBf/Wenzel

Das Treffen der Staats- und Regierungschefs der Euro-Staaten war ein voller Erfolg für Bundeskanzler Werner Faymann. Faymann konnte seine deutsche Amtskollegin Angela Merkel schon vor zwei Wochen bei einem Arbeitsgespräch in Berlin davon überzeugen, dass Lohn- und Pensionspolitik Sache der Nationalstaaten sind. Jetzt haben sich alle Länder der Eurozone offiziell darauf geeinigt. Auch

Bundeskanzler Werner Faymann hat erfolgreich dafür gekämpft, dass Löhne nach wie vor von den Sozialpartnern verhandelt werden. Auch das Pensionsantrittsalter bleibt nationale Angelegenheit.

weiterhin darf kein Land in wirtschaftspolitischen Fragen zu etwas gezwungen werden. Die nationale Souveränität bleibt voll gewahrt. Ziele des Pakts, der von den 17 Euro-Staaten beschlossen wurde, sind Investitionen in Bildung, Forschung und Infrastruktur. Weiters hat beim Gipfel eine Reihe von Staaten (z.B. Frankreich, Deutschland, Portugal) die österreichische Idee einer Finanztransaktionssteuer unterstützt. Geeinigt haben sich die Staats- und Regierungschefs auch auf eine Aufstockung des bestehenden Euro-Rettungsschirms von 250 auf 440 Mrd., ab Mitte 2013 auf 500 Mrd. Euro. ♦



Einstieg in den Atom-Ausstieg: Jetzt!

Die Folgen der verheerenden Erdbebenkatastrophe in Japan zwingen Europa zum Umdenken in Sachen Atomenergie. Es gibt keine Alternative zum Ausstieg aus dieser Form der Energiegewinnung.

Fotolia



Der Atomausstieg muss europaweit vorangetrieben werden. Nur ein europaweiter Ausstieg schützt die österreichische Bevölkerung.

Atomkraft ist nicht beherrschbar. Seit Jahrzehnten wissen wir das, aber es hat leider die schrecklichen Bilder aus Japan gebraucht, um endlich weiter zu kommen. Die Frage nach einem Atomausstieg in Europa stellt sich dringender als je zuvor. In Deutschland wird die Debatte besonders intensiv geführt. Einige besonders alte und gefährliche Reaktoren wurden dort vor dem Hintergrund der japanischen Tragödie bereits abgeschaltet.

Gut so. Aber bestenfalls ein erster kleiner Schritt. Denn Österreich ist – obwohl es selbst kein einziges Atomkraftwerk betreibt – umgeben von Nachbarstaaten, die Atomstrom erzeugen. Die veralteten Atommeiler im slowenischen Krsko, im tschechischen Temelin, im slowakischen Mochovce und jene in Bayern stellen ein ständiges Risiko für die österreichische Bevölkerung dar.

Nichts spricht gegen den Ausstieg aus der Atomkraft. Wie die Finanzwelt, hat auch die Atomenergie starke finanzkräftige Lob-

bys im Rücken. Die einzige Möglichkeit, diesen reichen Lobbys entgegenzutreten, ist der Schulterschluss mit dem Volk. Mit starken Verbündeten müssen wir den Kampf gegen die Atom-Lobby gewinnen und den Ausstieg aus der Atomkraft schaffen.

Europa und die Welt dürfen nicht länger von Finanz- und Atomlobbys regiert werden, die ohne Rücksicht auf Verluste alles in Kauf nehmen, um ihr Kapital zu erhöhen – sei es Armut oder sogar der Tod Unschuldiger. Es ist Zeit, sich endlich zu wehren. Die Politik muss gemeinsam mit den Bürgern Europas Handlungskraft zeigen. Wer wird seinen Kindern nach den schrecklichen Ereignissen in Japan noch ins Gesicht schauen können, wenn wir jetzt nicht reagieren?

Was es jetzt zu tun gilt: Alle europäischen Atomreaktoren müssen umgehend auf ihre Sicherheit geprüft werden. Riskante Kraftwerke müssen sofort und endgültig abgeschaltet werden. Wir müssen die rechtlichen Möglichkeiten prüfen,

„Europa und die Welt dürfen nicht länger von Finanz- und Atomlobbys regiert werden, die ohne Rücksicht auf Verluste alles in Kauf nehmen, um ihr Kapital zu erhöhen – sei es Armut oder sogar der Tod Unschuldiger.“

um unsere Nachbarstaaten zum Abschalten grenznaher Reaktoren bewegen zu können.

Der Atomausstieg muss europaweit vorangetrieben werden. Nur ein europaweiter Ausstieg schützt die österreichische Bevölkerung. Es wäre der ideale Testfall für eine europäische Bürgerinitiative, wie sie Bundeskanzler Werner Faymann bereits angedacht hat. Österreich muss sich darüber hinaus möglichst rasch unabhängig von importiertem Atomstrom machen. Dazu wird auch gehören, die atomkritische Forschung zu unterstützen. Damit wir auf europäischer Ebene wissenschaftlich fundierte Argumente gegen die Propaganda der Atomlobby haben.

Bundeskanzler Werner Faymann hat den Weg vorgezeichnet, den wir jetzt konsequent beschreiten müssen: Sein klares Ziel ist der europaweite Atom-Ausstieg. Faymann betonte, dass es eine Frage der Menschlichkeit ist, nun den Irrweg der Atomenergie zu verlassen.

Österreich besitzt eine glaubhafte Tradition im Kampf gegen die Atomkraft. Nutzen wir deshalb jetzt die Chance zum Einstieg in den Atom-Ausstieg. Wenn wir noch länger warten, könnte es endgültig zu spät sein. ♦

Ich freue mich über Diskussionsbeiträge zum Thema auf

www.facebook.com/laurarudas.at



JAPAN

Gemeinsam für ein

25 Jahre nach Tschernobyl zeigt der Super-GAU in Japan: Atomkraft ist gefährlich und alles andere als sicher. Die SPÖ fordert daher: Höhere Sicherheitsstandards für Atomkraftwerke und deren Abschaltung bei Nichtentsprechung dieser Standards.



Österreich ist umgeben von Reaktoren – eine Lösung für dieses Problem kann nur auf europäischer Ebene gefunden werden.

HINTERGRUND

Österreich beteiligt sich an Hilfe für Japan

Nach dem verheerenden Erdbeben und dem darauffolgenden Tsunami blickt die ganze Welt nun gebannt auf die Entwicklungen rund um die japanischen Atomkraftwerke. Nachdem die Kühlsysteme des Kraftwerks Fukushima Eins beschädigt wurden, gab es mehrere Explosionen in den Reaktorgebäuden. Derzeit wird davon ausgegangen, dass es bereits zu einer oder mehreren Kernschmelzen gekommen ist. Zahlreiche Länder haben bereits Hilfe angeboten und auch Österreich wird sich beteiligen. Als Möglichkeit nannte Bundeskanzler Werner Faymann die Entsendung österreichischer Experten für Strahlenschutz und Wasseraufbereitung.

Angesichts der katastrophalen Ereignisse in japanischen Atomkraftwerken nach dem großen Erdbeben zeigt sich erneut auf dramatische Weise, dass Kernenergie keine zulässige Option für eine nachhaltige und verantwortungsvolle Energiepolitik ist. „Diese Katastrophe muss jetzt zu einer großangelegten Diskussion über die Nutzung der Nuklearenergie führen, nicht nur in Europa, sondern weltweit“, fordert Bundeskanzler Werner Faymann Konsequenzen in der Energiepolitik.

Deutschland einsichtig, Frankreich pro Atomkraft

Deutschland setzt die erst vor einem halben Jahr beschlossene Laufzeitverlängerung für Atomkraftwerke (AKW) für drei Monate aus. In diesem Zeitraum werden acht AKW vom Netz genommen und einer gründlichen Überprüfung unterzogen, darunter Isar I in der Nähe der österreichischen

„Es ist eine Frage der Menschlichkeit, nun den Irrweg der Atomenergie zu verlassen. Es ist Zeit zur Umkehr, wir werden unseren Standpunkt auf europäischer Ebene in aller Deutlichkeit vertreten.“

Bundeskanzler Werner Faymann

Grenze. „Wir begrüßen die Ankündigungen in Deutschland“, so Faymann, der gleichzeitig davor warnt, nach Abebben der Diskussion wieder zur Tagesordnung zurückzukehren. Im Gegensatz zu Deutschland sieht der französische Präsident Nicolas Sarkozy die Zukunft der Atomkraft in Frankreich durch das Erdbeben in Japan nicht in Frage gestellt. Die Kernenergie sei ein „grundlegendes Element“ der Unabhängigkeit Frankreichs bei der Energieversorgung. Die Sicherheit der AKW will jedoch auch er überprüft wissen. „Wir fordern härtere Konsequenzen. Wir wollen die Sicherheitsstandards erhöht haben. Und wenn Atomkraftwerke diesen Standards nicht mehr entsprechen, müssen sie sofort abgeschaltet werden“, untermauert der Bundeskanzler.

Bürgerinitiative gegen Atomenergie

Den Vorschlag einer europaweiten Bürgerinitiative für den Ausstieg aus der Atomenergie geht für Faymann „in die richtige Richtung“. Weiters sprach sich der Bundeskanzler für eine Initiative aus, damit Euratom von einer Forschungseinrichtung zur Erweiterung der Atomkraft zu einer spezifischen Einrichtung wird, die sich mit Sicherheitsstandards und dem Atomenergie-



atomfreies Europa

Ausstieg befasst. Österreich werde beharrlich seine atomkritische Haltung in der EU verfolgen, so Bundeskanzler Faymann, der eine Überprüfung aller AKW nach den neuesten technischen Kriterien fordert.

AKW um Österreich prüfen

Der Bundeskanzler erklärt, dass von den atomaren Gefahren in Japan keine Gefahr für Europa ausgehe. Auch Lebensmittel, die aus Japan importiert werden, werden streng kontrolliert. Aber: 13 Atomkraftwerke befinden sich in Grenznähe Österreichs (s. Grafik), das AKW Krsko in Slowenien etwa liegt nicht einmal 100 km von Österreich entfernt – und in einer Erdbebenzone.

Erneuerbare Energien und Energieeffizienz statt Atomkraft

Vier Tage nach dem Unglück in Japan wurde ein EU-Atomgipfel abgehalten. SPÖ-EU-Abgeordneter und Vizepräsident der S&D-Fraktion, Hannes Swoboda, begrüßt die Einigung auf Stresstests als ersten Schritt für die höhere Sicherheit der AKW



HBF/Wenzel

Bundeskanzler Werner Faymann fordert, dass alle europäischen Kernkraftwerke in Erdbebenzonen geschlossen werden und in diesen Gebieten auch keine Neugenehmigungen mehr erfolgen.

– diese sollten aber verpflichtend sein. Energiepolitik sei außerdem zwar Sache jedes einzelnen Mitgliedslandes, aber „die Sicherheit und die Minimierung jeglichen Risikos muss klare Politik der EU sein.“ Es gelte jetzt, rasch und effizient zu handeln.

INTERVIEW

„Atomenergie ist nicht beherrschbar“

SPÖ-Umweltsprecherin Petra Bayr im Gespräch mit „SPÖ Aktuell“ zur Atom-Katastrophe in Japan und die Zukunft der europäischen Energiepolitik.

„SPÖ Aktuell“: 25 Jahre nach Tschernobyl bahnt sich in Japan eine atomare Katastrophe ungeahnten Ausmaßes an. Haben wir nichts gelernt?

Petra Bayr: Die Tragödie ist, dass das Vierteljahrhundert Zeit nach Tschernobyl nicht genutzt wurde, um ausreichend in die Erforschung und Etablierung von erneuerbaren Energieträgern zu investieren. Mit dem Argument der Klimaerwärmung glaubte sich die Atomlobby im sicheren Hafen. Doch wir sehen: Atomenergie ist weder sauber noch sicher und auch nicht zukunftsfähig.

Welche Konsequenzen sind Ihrer Meinung nach aus der Katastrophe in Japan zu ziehen?

Bayr: Atomenergie ist nicht beherrschbar. Daher: Schluss damit. Wir müssen auf Energiesparen setzen. Energieeffizienz ist unser größtes verfügbares Kraftwerk. Wir müssen die erneuerbaren Energieträger ausbauen – und zwar jetzt. Wir brauchen eine aktive Klimapolitik in Österreich mit einem Klimaschutzgesetz, das Zähne hat, Maßnahmen und Zeiträume vorschreibt. Wir müssen Förderungen für thermische Sanierung sozial treffsicher machen und eine moderne Mobilität etablieren. Und wir brauchen eine Ökologisierung des Steuersystems.



Schedl

SPÖ-Umweltsprecherin Petra Bayr fordert die Schließung aller unsicheren Reaktoren in Europa.

Und wie soll das in Europa konkret erreicht werden? Was sind die notwendigen Schritte?

Bayr: Als ersten Schritt müssen wir auf die umgehende Schließung von allen unsicheren AKW drängen. Dann brauchen wir für jedes einzelne grenznahe AKW rechtliche Expertise, welche Möglichkeiten Österreich hat, dagegen vorzugehen. Wir müssen neue Verbündete suchen, die mit uns den Atomausstieg europa- und weltweit vorantreiben. Dazu brauchen wir atomkritische Forschung, um wissenschaftlich untermauerte Argumente zu liefern. Und wir müssen Atom-Strom-Importe stoppen, indem wir Energieeffizienz und Stromproduktion aus erneuerbaren Energieträgern massiv steigern. ♦

Die Energiepolitik müsse eindeutig in die Richtung der erneuerbaren Energien gehen, Energieeffizienz sowie Energiesparen müssen an erster Stelle stehen. EU-Abgeordneter Jörg Leichtfried will „die Rolle der Atomkraft und vor allem das mit dem Ausbau der Atomkraft verbundene Risiko neu kalkulieren.“ Mehr Einsatz „für einen euro-

pa- und weltweiten Atomausstieg und für mehr Energieeffizienz und eine verstärkte Nutzung erneuerbarer Energien“ fordern SPÖ-EU-Sprecherin Christine Muttonen und der Energiesprecher der SPÖ, Wolfgang Katzian, von der EU. Die SPÖ steht ganz auf der Seite der Sicherheit für die österreichische Bevölkerung. ♦

PFLEGEFONDS

Pflegesystem ist gesichert

Der von Bundeskanzler Werner Faymann angekündigte Fonds zur finanziellen Absicherung des Pflegesystems wird umgesetzt - ein Meilenstein für Österreichs Sozialpolitik.



Der Pflegefonds sichert die Finanzierbarkeit der Pflege nachhaltig ab. Damit wird sichergestellt, dass unsere Senioren auch in Zukunft in Würde altern können.

Bundeskanzler Werner Faymann hatte in seiner Hofburg-Rede „Österreich gemeinsam“ am 2. Dezember 2009 angekündigt, dass es einen Fonds zur nachhaltigen Absicherung des heimischen Pflegesystems geben wird. Auch beim Neujahrsempfang der Bundesregierung im Jänner dieses Jahres sprach sich der Kanzler für eine rasche Realisierung des Pflegefonds aus. Denn: „Wir müssen ein Altern in Würde ermöglichen“, so Faymann. Die Umsetzung dieser Ankündigung ist nun gelungen. Für den Kanzler ist die Schaffung des Pflegefonds „eine wichtige Investition in die Zukunftssicherung des Landes“.

Pflegefonds bis 2014 mit 685 Millionen Euro dotiert

Mit der Einigung zum Stabilitätspakt mit den Bundesländern ist nun auch der Weg für den Pflegefonds geebnet. „Mit der Dotierung des Pflegefonds wird rasch das Pflegesystem für die nächsten Jahre gesichert“, betonte Sozialminister Rudolf Hundstorfer bei der Präsentation des Fonds. SPÖ-Bundesgeschäftsführerin Laura Rudas bezeichnet die Schaffung des Pflegefonds als „großen Erfolg für die österreichische Sozialpolitik“. Und auch SPÖ-Sozial-

alsprecherin Renate Csörgits unterstreicht: „Mit der Schaffung des Pflegefonds sichert die österreichische Bundesregierung die Finanzierbarkeit von Sachleistungen ab und sorgt dafür, dass die Menschen in Österreich auch künftig gut umsorgt und in Würde altern können.“ In dieselbe Kerbe schlägt auch der Präsident des Pensionistenverbandes Österreichs, Karl Blecha: „Nach der Schaffung des Pflegegeldes ist der Pflegefonds ein weiterer sozialpolitischer Meilenstein, um den uns die ganze Welt beneidet.“ Die Mittel aus dem Pflegefonds werden zweckgewidmet und dürfen ausschließlich für die Pflege verwendet werden. Die Länder können selbst darüber entscheiden, wo sie Schwerpunkte setzen (z.B. bei mobilen Diensten oder stationärer Pflege).

Das Pflegefondsgesetz beinhaltet die Schaffung einer österreichweiten Pflegedienstleistungsstatistik und die Regelung der Auszahlung der Mittel auf Basis von Kriterien die Bund, Länder und Gemeinden gemeinsam fixiert haben. Diese Maßnahme wird für mehr Transparenz sorgen. Weiters wird es auch zu einer Verwaltungsreform beim Pflegegeld kommen. Die zersplitterten Kompetenzen sollen beim Bund gebündelt werden. Derzeit beziehen 85 Prozent der Pflegedürftigen Pflegegeld

vom Bund, der es über 23 Träger – den jeweiligen Pensionsversicherungsträgern des Betroffenen – abwickelt. Nur 15 Prozent der Pflegebedürftigen erhalten Landespflegegeld. Dafür sind aber bisher insgesamt 280 Träger in neun Bundesländern zuständig, was einen hohen administrativen Aufwand bedeutet.

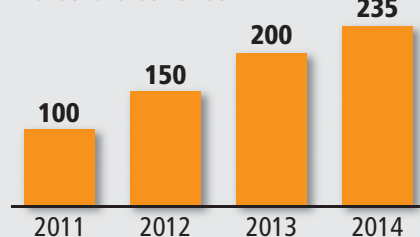
Die Ziele der Reform sind daher:

- » Reduktion der Entscheidungsträger
- » Vereinheitlichung der Vollziehung
- » Beschleunigung der Verfahrensdauer
- » Umsetzung von Rechnungshofvorschlägen
- » Verwaltungseinsparungen bei Ländern und Gemeinden in Vollzug und Legistik.

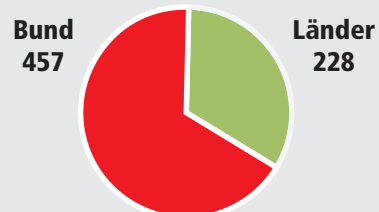
Pflegefonds

Gesamtvolumen 2011-2014
685 Mio. Euro

zur Abdeckung der Kostensteigerung der Länder und Gemeinden



Aufteilung des Volumens



Quelle: APA/Sozialministerium | Grafik: SPÖ

Der Pflegefonds wird die Kostensteigerungen der Länder und Gemeinden für die kommenden Jahre abdecken. Zwei Drittel der Aufwendungen für den Pflegefond trägt der Bund, ein Drittel die Länder.

FRAUENQUOTEN

Bund geht mit gutem Beispiel voran

Bis 2018 werden mehr als ein Drittel der Aufsichtsräte in staatsnahen Unternehmen Frauen sein.

Zufrieden bin ich erst, wenn mehr Frauen in Führungspositionen sind und das nicht nur in staatlichen Betrieben“, erklärte Bundeskanzler Werner Faymann zum erzielten Regierungs-Kompromiss in Sachen Frauenquoten. Mit der Vereinbarung werden Unternehmen, an denen der Bund mit 50 Prozent und mehr beteiligt ist, zu Folgendem verpflichtet: Bis 2013 muss es in Aufsichtsratsgremien einen Frauenanteil von 25 Prozent geben und bis 2018 einen von 35 Prozent. Sollte dies nicht erreicht werden, werden gesetzliche Maßnahmen eingeleitet. „Damit geht der Bund beispielhaft voran und es wird ein dringend notwendiger Schritt gesetzt, um mehr Frauen in Führungspositionen zu bringen“, stellt SPÖ-Frauensprecherin Gisela Wurm fest. Trotzdem wünscht sich die SPÖ, allen voran Parteivorsitzender Werner Faymann und Frauenministerin Gabriele Heinisch-Hosek, dass auch die Privatwirtschaft auf den Quotenzug aufspringt, der bereits im



Mehr Frauen in Führungspositionen zu bringen, ist nicht nur gerecht, sondern laut Studien auch unternehmenspolitisch sinnvoll.

Großteil Europas unterwegs ist. Diesbezügliche Gespräche laufen, siehe Interview mit Heinisch-Hosek. „Die erste Tür ist offen und kann auch nicht mehr zuge-

macht werden. Jetzt gilt es den Weg in Richtung Chancengerechtigkeit weiterzugehen“, so SPÖ-Bundesfrauengeschäftsführerin Andrea Mautz. ♦

INTERVIEW

„Der Anfang ist gemacht“

Frauenministerin Gabriele Heinisch-Hosek im Gespräch mit „SPÖ Aktuell“ über die Frauenquote und mögliche weitere Schritte.



Lehmann

Unternehmen. Was wird das anderen Frauen bringen?

Gabriele Heinisch-Hosek: Frauen in Führungspositionen sind Vorbilder und Eisbrecher für alle anderen Frauen. Wir stoßen damit eine Tür weiter auf, die Frauen bisher oft versperrt war. Mehr Frauen in Aufsichtsräten bedeutet eine breitere Entscheidungsebene. Frauen werden Frauen nachfolgen und der Aufsichtsrat wird auch ein Sprungbrett in den Vorstand und in die operative Leitung von Unternehmen sein.

Ist damit die Diskussion um die Quoten in der Privatwirtschaft erledigt?

Heinisch-Hosek: Auf keinen Fall. Für mich ist das ein Anfang, ein guter Anfang, wie ich meine, aber noch lange nicht das

Ende der Diskussion. Die Bundesregierung will hier Vorbild sein und geht mit gutem Beispiel voran. Das ist ein wichtiger Schritt für die Frauen, aber sicher nicht das Ende des Weges – jetzt werden wir weitergehen.

Wie soll das laufen?

Heinisch-Hosek: Es ist ökonomisch sinnvoll, mehr Frauen in Führungspositionen zu haben – Unternehmen mit Quoten lukrieren bessere Unternehmensergebnisse. In persönlichen Gesprächen mit Spitzenmanagern habe ich positive Signale erhalten, weiß aber auch, dass es nicht wenige Gegner gibt. Ich bin aber zuversichtlich, dass wir mit unseren Argumenten überzeugen und weiterkommen werden. ♦

Frauenministerin Gabriele Heinisch-Hosek ist zuversichtlich, auch für die Frauenquote in der Privatwirtschaft eine Lanze brechen zu können.

„SPÖ Aktuell“: Die Bundesregierung verordnet sich Frauenquoten für staatsnahe

WEHRPFLICHT

Österreichs Jugend für Profi-Heer und Sozialjahr

Eine neue Studie belegt eindrucksvoll: Österreichs Jugendliche stehen hinter den beiden SPÖ-Modellen. Sozialjahr und Profi-Heer erfreuen sich großer Beliebtheit.

SPÖ Wien



Der Jugendvorsitzende der FSG Wien, Christoph Peschek, freut sich über das große Interesse der Jugendlichen des Sozialjahres.

„Die Studie bestätigt, dass die allgemeine Wehrpflicht nicht mehr dem Zeitgeist entspricht.“

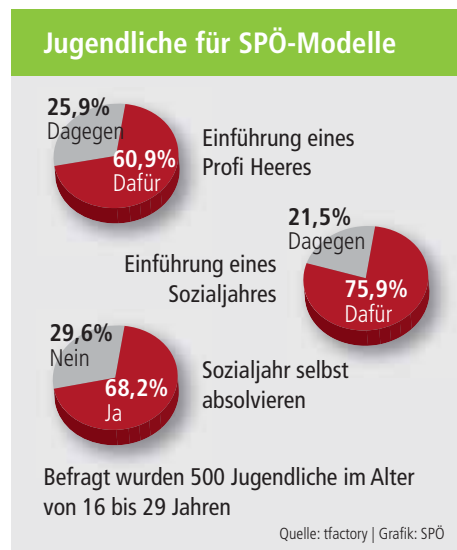
FSG Wien-Jugendvorsitzender Christoph Peschek

Das auf Jugendliche spezialisierte Meinungsforschungsinstitut „tfactory“ hat 500 junge Österreicherinnen und Österreicher im Alter von 16 bis 29 Jahren zur Wehrpflicht befragt und die Ergebnisse sind mehr als eindeutig: Österreichs Jugendliche unterstützen die SPÖ-

Forderungen nach Umstellung auf ein Profi-Heer und nach Einführung eines Sozialjahres. Letzteres entpuppte sich dabei als echter Renner. Über 75 Prozent der Befragten befürworten die Einführung, fast 70 Prozent der Befragten können sich vorstellen, selbst ein derartiges Sozialjahr zu absolvieren. Besonders wichtig ist den Jungen dabei eine gerechte Entlohnung, die Anrechenbarkeit des Sozialjahres für die eigene Ausbildung und die Sozialversicherung. Das Modell des Sozialministers erfüllt alle diese Voraussetzungen. Mit 1.300 Euro soll sich die Entlohnung am kollektivvertraglich festgelegten Mindestlohn für Sozialberufe orientieren.

Her mit dem Profi-Heer

Die Umstellung des Österreichischen Bundesheeres auf ein Profi-Heer stößt bei über 60 Prozent der Befragten auf Zustimmung. Innerhalb dieser Gruppe steigt die Zustimmung zum Profi-Heer mit zunehmender Bildung und zunehmendem Alter. Rund 30 Prozent der befragten Männer und rund 15 Prozent der Frauen können sich vorstellen, bei angemessener Bezahlung, in einem Profi-Heer mitzuwir-



ken. „Österreichs Jugendliche bestätigen erneut, dass sie statt der allgemeinen Wehrpflicht für ein Profi-Heer, bestehend aus Berufssoldaten, Zeitsoldaten und Freiwilligenmiliz, und statt des Zivildienstes für ein Sozialjahr sind“, kommentierte Christoph Peschek, Jugendvorsitzender der Fraktion Sozialdemokratischer GewerkschafterInnen (FSG) Wien das Ergebnis der Studie. ♦

EU-PARLAMENT

Strassers Korruptions-Skandal

Die Korruptionsstaatsanwaltschaft prüft Bestechungsvorwürfe gegen den VP-EU-Delegationsleiter Strasser.

Als Lobbyisten getarnte Undercover-Journalisten der britischen „Sunday Times“ sollen VP-EU-Parlamentarier Strasser im vergangenen Jahr 100.000 Euro und Aufsichtsratsjobs angeboten haben, wenn er dafür in ihrem Sinne Gesetzesvorschläge im EU-Parlament einreicht. Fraktionskollege Karas wirft Strasser vor, von diesem gedrängt worden zu sein, den Antrag einzubringen.

Bestätigt wurde von Strasser bereits, dass er Karas den Änderungsvorschlag zugesandt hat. SPÖ-Europaabgeordnete Karin Kadenbach dazu: „Strasser beschädigt mit seinem Verhalten und seinen spärlichen Äußerungen nachhaltig das Image der Europaabgeordneten.“ SPÖ-Justizsprecher Hannes Jarolim sieht den Rücktritt Strassers als angemessene Konsequenz. ♦

Erklärungsnotstand: VP Strasser im Lobbying-Zwielicht.



picturedesk

Sachbuch

Nachhaltige Landwirtschaft

Toni Hubmann, Begründer von „Toní's Freilandeier“ und Vizepräsident des „Sozialdemokratischen Wirtschaftsverbandes Österreich“, beschreibt in seinem neuen Sachbuch seine Ideen für eine moderne und nachhaltige Landwirtschaft.

Toni Hubmann begann nach der Panik rund um die Vogelgrippe im Jahr 2006 über neue Nachhaltigkeitsstrukturen im Landwirtschaftsbereich nachzudenken. Wie kommen gute Produkte zustande, wie können kleine Bauernhöfe einen eigenen, qualitätsorientierten Weg einschlagen und wie kann sich die Politik positiv in diesen Diskurs einbringen? Hubmann, der als Pionier der Freilandhaltung gilt, möchte mit

seinem ersten Buch zur Entwicklung einer zukunftsorientierten Landwirtschaft beitragen. Konsumenten möchte er sensibilisieren und motivieren, sich aktiv in den „Entwicklungsprozess der Produkte zu involvieren“. Für die Zukunft wünscht sich Toni Hubmann eine „möglichst große Vielfalt an regionalen Produkten, die nach den Vorstellungen und Bedürfnissen der Konsumenten hergestellt werden“. ♦

Roman

Zwölf mal Polt

Nach fünf Polt-Romanen erzählt Alfred Komarek in seinem neuesten Buch nun zwölf abgeschlossene Kurzkriminalgeschichten rund um den Weinviertler Kult-Gendarmen Simon Polt.

Eigentlich hat sich der Gendarm Simon Polt schon zur Ruhe gesetzt, sein Schöpfer aber nicht. In diesem Buch beschreibt Alfred Komarek in zwölf Teilen Geschichten, die vom Leben im Weinviertel, nahe der Grenze zu Tschechien, erzählen und dem Leser Land und Leute ganz nahe bringen.

Alfred Komarek spannt in diesem Werk einen weiten Bogen über gut zwanzig Lebensjahre des Gendarmen. Angefangen von den prägenden ersten Tagen im Dienst

bis zu seinem späteren Leben als Ermittler im Ruhestand. Denn auch nach seiner Pensionierung bleibt er für die Bewohner der Gendarm im Ort und genau das verschafft ihm immer wieder neue Aufregungen. Denn wenn in seiner Heimat etwas nicht mit rechten Dingen zugeht, kann er nicht wegsehen. „Zwölf mal Polt“ eignet sich gleich gut als Abschluss der Serie (falls es denn überhaupt einer ist) wie auch als Einstieg dazu. ♦

Roman

Meine russische Großmutter

Gibt es von einer Geschichte mehrere Versionen, wählt man bei uns in der Familie die schönste, erklärt der Autor in einem Statement. Meir Shalevs neuestes Buch erzählt die Geschichte seiner Großmutter Tonia und die eines Staubsaugers.

Shalevs Großmutter hat einen Reinlichkeitswahn und als sie von einem Schwager aus Amerika einen Staubsauger geschenkt bekommt, sollte sie sich doch über die tatkräftige Unterstützung freuen. Doch selten ist etwas so, wie es im ersten Augenblick erscheint. Der Autor erschafft mit seinen von Erzählfreude strotzenden Erinnerungen an seine Oma eine schöne Familiengeschichte über eine kunterbun-

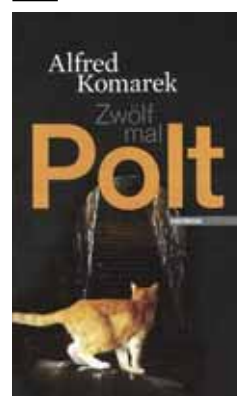
te jüdische Familie, die aus Pionieren, Bauern und Dichtern besteht. Allesamt begnadete Geschichtenerzähler, die den Weg ihrer Familie im jungen jüdischen Staat, wo Chaos, Staub und Schlamm allgegenwärtig sind, in die Unabhängigkeit skizzieren.

Meir Shalev steht mit seinen humorvoll-satirischen Geschichten tief in der europäisch-jiddischen Tradition. ♦

☐ Stk.


Toni Hubmann:

Wie wir uns über gute Lebensmittel freuen ...
 echomedia buchverlag
 ges.m.b.h., Wien 2010;
 160 S., 14,90 €

☐ Stk.


Alfred Komarek:

Zwölf mal Polt
 Haymon Verlag,
 Innsbruck-Wien 2011;
 208 S., 17,90 €

☐ Stk.


Meir Shalev:

Meine russische Großmutter ...
 Diogenes Verlag AG,
 Zürich 2011; 288 S., 21,50 €

Unterschrift:

Adresse:

Name:

In der Buchhandlung Löwelstraße

1014 Wien, Löwelstraße 18

Tel: 01/534 27/323 od. 343, Fax: 01/534
 27/324, E-Mail: Buchhandlung@spoe.at

Bitte Bestellschein ausfüllen, gewünschte Bücher ankreuzen, abtrennen, einsenden, faxen oder einfach per E-Mail bestellen!



PORTRÄT DER WOCHE

Eine starke Stimme für die Menschenrechte

Der Oberösterreicher Franz Kirchgatterer ist seit 2006 Abgeordneter zum Nationalrat und seither Mitglied im Menschenrechtsausschuss.



Der Kampf gegen Rechtsextremismus ist ein Schwerpunkt der politischen Arbeit von SPÖ-Abgeordnetem Franz Kirchgatterer.

Seit Jänner 2011 ist Franz Kirchgatterer Bereichssprecher für Menschenrechte, Minderheiten, Volksgruppen und Vertriebene. „Das Eintreten für Menschenrechte und Grundfreiheiten

ist ein Grundpfeiler sozialdemokratischer Politik und hat in der österreichischen Sozialdemokratie beste Tradition. Der Kampf für Menschenrechte muss so lang weitergeführt werden, so lange es Kinderarbeit, Folter, Sklaverei und Menschenhandel gibt. Friede, soziale Sicherheit und damit eine positive wirtschaftliche Entwicklung, die allen Menschen unabhängig ihrer Herkunft dient, bleibt auch das künftige Ziel meiner politischen Arbeit“, so Kirchgatterer.

Kampf gegen Menschenhandel

Auf europäischer und internationaler Ebene müsse es ein noch stärkeres gemeinsames Vorgehen in der Bekämpfung von Menschenhandel geben. In diesem Zusammenhang erinnert Kirchgatterer an die 2010 vorgeschlagene EU-Richtlinie zur Bekämpfung von Menschenhandel, die den Schutz von Frauen und Mädchen in den Vordergrund stellt. „Menschenhandel ist ein grenzüberschreitendes Problem und kann daher nur auf internationaler Ebene

bekämpft werden“, so der oberösterreichische Abgeordnete. Als weiteren Schwerpunkt seiner Arbeit sieht Kirchgatterer den Kampf gegen Rechtsextremismus und zunehmenden Rassismus. „Die Politik und Zivilgesellschaft sind gleichermaßen gefordert, wachsam zu sein, jede Art von Extremismus zu ächten und den Anfängen zu wehren“, so Kirchgatterer. ♦

ZUR PERSON

Franz Kirchgatterer

Franz Kirchgatterer, 1953 in Wels geboren, begann seine politische Laufbahn 1987 als Regionalvorsitzender des Sozialdemokratischen Wirtschaftsverbandes. Von 1991 bis 2006 war Kirchgatterer Gemeinderat in Wels. Seit 2008 ist der selbstständige Kaufmann Bezirksparteivorsitzender der SPÖ Wels. Der Vater zweier Kinder ist begeisterter Bergwanderer und liest gerne, bevorzugt Biographien.

KONSUMENTENSCHUTZ

Vorsicht vor K.O.-Tropfen

SPÖ-Konsumentenschutzsprecher Johann Maier warnt vor der Gefahr von K.O.-Tropfen. Allein im letzten Jahr gab es im Zusammenhang mit K.O.-Tropfen 62 Anzeigen.

Besonders erschreckend: Die Anzeigen betreffen Sexual- oder Eigentumsdelikte – das geht aus der Beantwortung einer parlamentarischen Anfrage hervor, die der SPÖ-Konsumentenschutzsprecher an das Bundesministerium für Inneres gestellt hat. „Die Dunkelziffer ist wahrscheinlich ungleich höher, da es für die Opfer später meist schwer nachzuweisen ist, dass sie mit K.O.-Tropfen betäubt wurden“, so Maier. „Es ist Vorsicht geboten. Getränke und Speisen sollten nie aus den Augen gelassen werden“, warnt Maier. Vor allem im Mischkonsum mit Alkohol führen K.O.-Tropfen zu Bewusstlo-

sigkeit und Gedächtnisverlust. Für die Opfer ist es daher meist schwer nachzuweisen, dass sie mit K.O.-Tropfen betäubt wurden, so Maier. „Beim geringsten Verdacht auf K.O.-Tropfen sollte – auch aus Gründen der Beweisführung – sofort ein Arzt aufgesucht werden, und es sollte sofort bei der Polizei Strafanzeige erstattet werden, damit die Täter ausgeforscht werden können“, betont der SPÖ-Konsumentenschutzsprecher. ♦

K.O.-Tropfen kann man weder sehen, noch riechen oder schmecken. Daher sollten Getränke nie unbeobachtet stehen gelassen werden.



Fotolia



KULTUR

Masterplan soll Öffentliche Büchereien stärken

Der Kulturausschuss des Nationalrats hat die Erstellung eines Masterplans für Öffentliche Büchereien beschlossen. Ziel ist die flächendeckende Versorgung aller Österreicherinnen und Österreicher mit Literatur und Information.

N SPÖ-Kultursprecherin Sonja Ablinger begrüßt den Beschluss des Vier-Parteien-Antrags, der auf eine Initiative der SPÖ zurückgeht. „Der Masterplan, der nun erstellt werden soll, ist ein Meilenstein in der Positionierung der Büchereien als wesentliche Zentren für Bildung, Kultur, Information und Leseförderung. Er wird die mittel- und langfristige Entwicklung der Öffentlichen Büchereien skizzieren und Strategien und Empfehlungen für die Büchereientwicklung formulieren“, so Ablinger. Die insgesamt 1.444 Öffentlichen Büchereien sind wichtige Zentren für Bildung, Kultur und Information. Büchereien sind als Orte des freien Zugangs zu Wissen auch „Garant für Chancengleichheit beim Zugang zu Bildung und Kultur“, bekräftigt Ablinger. Mit dem Masterplan soll daher sichergestellt werden,

dass sich die Büchereien auch künftig als Bildungs-, Kultur- und Leseförderungseinrichtung profilieren können.

Büchereiförderung steigert Leistungsfähigkeit der Büchereien

Bereits im letzten Jahr hat Kulturministerin Claudia Schmied mit der „Büchereiförderung Neu“ für eine Steigerung der Leistungsfähigkeit der Öffentlichen Büchereien gesorgt. Die Erhöhung der Förderungssumme von jährlich 160.800 auf 500.000 Euro sei deutliches Zeichen dafür, welche große Bedeutung die Büchereien für die SPÖ haben, so Ablinger. Dieser erfolgreiche Weg der Stärkung Öffentlicher Büchereien soll nun mit dem Masterplan fortgesetzt werden. ♦



Öffentliche Büchereien sind integraler Bestandteil des Bildungssystems und Kulturangebots. Die SPÖ sorgt für eine Förderung dieser wichtigen Orte des Wissens.

JAPAN

NR-Sondersitzung zu Super-GAU

Anlässlich der Katastrophe in Japan wird die Opposition von SPÖ-Klubobman Josef Cap und seinem ÖVP-Pendant Kopf zu einer gemeinsamen Sondersitzung des Nationalrates eingeladen.

In der Sondersitzung, die für nächste Woche geplant ist, soll diskutiert werden, welche Konsequenzen sich aus der japanischen Nuklearkatastrophe ergeben. „An erster Stelle der Diskussion müssen Überlegungen stehen, wie Österreich im Rahmen seiner Möglichkeiten der leidgeprüften japanischen Bevölkerung Hilfe leisten kann“, so SPÖ-Klubobmann Josef Cap. Es gehe weiters darum, international und vor allem auf EU-Ebene Schritte und Initiativen zu setzen, die zu einem generellen Ausstieg aus der „gefährlichen und letztlich nicht beherrschbaren“ Atom-Technologie führen. ♦



Henisch

SPÖ-Klubobmann Josef Cap plädiert für eine sachliche Diskussion ohne parteipolitisches Kalkül.

JUGEND

„Interessiert, engagiert und aktiv“

Nationalratsabgeordnete Sonja Steißl-Mühlbacher diskutierte im Parlament mit interessierten Jugendlichen über notwendige Reformen im österreichischen Wahlrecht.

Dem viel zitierten und beklagten Desinteresse der österreichischen Jugendlichen an der Politik kann ich nicht zustimmen. Ich erlebe die Jugend als interessiert, engagiert und aktiv“, so Steißl-Mühlbacher nach der Diskussion mit den zahlreichen Schülerinnen und Schülern, die einer Einladung von Nationalratspräsidentin Prammer ins Parlament gefolgt waren. Neben dem Wahlrecht mit 16, das die SPÖ 2007 durchsetzen konnte, und notwendigen Reformen im Briefwahlrecht stand die Forderung nach einem bundeseinheitlichen Jugendschutzgesetz im Mittelpunkt der regen Diskussionen. ♦

Steißl-Mühlbacher bei der Präsentation der Forschungsergebnisse zum Projekt „GLO-PART. Jugendliche Perzeptionen von Politik unter dem Blickwinkel von Inklusion/Exklusion“.



SPÖ Klub

BURGENLAND

Neue Zielgruppen gewinnen



SPÖ Burgenland

sationen Funktionäre und Sympathisanten gleichermaßen motivieren. „Altburgenlandskanzler und SPÖ-Legende Bruno Kreisky hat mit seiner Politik eine ganze Generation geprägt. Zu seinem 100. Geburtstag wollen wir in seinem Sinne neue Zielgruppen für die SPÖ gewinnen“, heißt es vonseiten der Landesorganisation. „Mit der Kampagne soll die Basis vor allem in unseren Ortsparteien verbreitert und die Strukturen gestärkt werden“, so Landeshauptmann Hans Niessl, der 2011 als das „Jahr der Öffnung“ ausrief.

Direkten Kontakt stärken

Nach dem Kampagnenstart sind weiters eine Kreisky-Veranstaltung sowie Events der SPÖ Frauen, der SJ und des Renner Instituts geplant. Außerdem wird regelmäßig Unterstützung für den direkten Kontakt zur Gemeindebevölkerung gegeben. Die Idee dahinter: Jeder einzelne Funktionär soll die Öffnung der eigenen Ortspartei selbst einleiten können. Ziel ist der verstärkte direkte Kontakt mit der Bevölkerung, insbesondere mit den Jugendlichen. ♦

Mit der Kampagne will Landeshauptmann Hans Niessl vor allem die Jungen ansprechen.



Die SPÖ Burgenland startet unter dem Kreisky-Motto „Ein Stück des Weges gemeinsam gehen!“ eine Kampagne, die neue Ziel-

gruppen ansprechen und die Basis stärken soll.

Mit einer Reihe von Veranstaltungen wollen die SPÖ Landes- und Nebenorgani-

NIEDERÖSTERREICH

SPÖ für 4 Jahre Neue Mittelschule



Mit ihrer neuen Frühjahrskampagne macht sich die SPÖ Niederösterreich für eine rasche Einführung der vierjährigen Neuen Mittelschule (NMS) stark. Der niederösterreichische Sonderweg soll ein Ende haben.

In ganz Österreich wurde die vierjährige Neue Mittelschule an zahlreichen Standorten erfolgreich umgesetzt. Nur das ÖVP-regierte Niederösterreich bestand auf einer Ausnahme und setzte die Neue Mittelschule zweijährig um. Nach der sechsten Schulstufe ist dann Schluss für Niederösterreichs Schülerinnen und Schüler. „Das ist uns zu wenig. Wir Sozialdemokraten treten für eine umfassende Bildungsreform ein und fordern die rasche Einführung der vierjährigen Neuen Mittelschule für ganz Niederösterreich“,



Die SPÖ fordert die vierjährige Form der Neuen Mittelschule für ganz Niederösterreich.

erläutert LH-Stv. Sepp Leitner das Anliegen der neuen Frühjahrskampagne der SPÖ Niederösterreich. Leitner sieht in der

Neue Mittelschule einen ersten wichtigen Schritt in Richtung eines modernen und gerechten Bildungssystems. ♦

WIEN

Neubauoffensive für leistbares Wohnen



Die Stadt Wien investiert 500 Mio. Euro in den Neubau von rund 7.500 Wohnungen, die ähnlich günstige Mietkonditionen bieten wie der geförderte Wohnbau.

Innerhalb kürzester Zeit haben Finanz- und Wohnbauressort der Stadt Wien eine neue Wohnbauoffensive auf Schiene gebracht. „Wir nützen das niedrige Zinsniveau, um ergänzend zum geförderten Wohnbau einen zusätzlichen kräftigen Impuls für den Neubau von leistbaren Wohnungen zu setzen“, erklären Finanzstadträtin Renate Brauner und Wohnbaustadtrat Michael Ludwig. Als Partner der Stadt Wien fungieren dabei Konsortien aus Bauträgern und Finanzdienstleistern. Wien selbst macht für die Offensive Finanzmittel im Gesamtausmaß von 500 Mio. Euro locker. „Die Stadt schafft damit

ein weiteres attraktives Angebot, das – bei entsprechender Nachfrage – die Errichtung von rund 7.500 Wohnungen zu leistbaren Konditionen möglich macht“, so Ludwig. Mietpreisobergrenzen, die deutlich unter den Mietkonditionen des freien Markts liegen, sichern die Leistbarkeit der Wohnungen und wirken sich außerdem preisdämpfend auf den Markt aus.

Wohnbau als Konjunkturmotor

Ein weiterer positiver Effekt: Durch die Offensive werden Gesamtinvestitionen von rund 1,25 Mrd. Euro ausgelöst und bis zu 8.000 neue Arbeitsplätze geschaffen. „Wir erhöhen damit das Investitionsniveau in Wien noch einmal deutlich und kurbeln den Konjunkturmotor Bau- und Baubengewerbe beträchtlich an“, erklärt Brauner. Ende 2012 soll beim Großteil der Wohnbauprojekte der Baubeginn erfolgt sein. ♦



Fotolia

Mit der Offensive der Stadt Wien sollen leistbare Neubauwohnungen geschaffen werden.

KÄRNTEN

Gesunde Zähne von Anfang an



LH-Stv. Kaiser präsentierte das Zwischenergebnis des Karies-Prophylaxeprogramms, das Kindern Lust aufs Zähneputzen machen soll.

Karies ist laut Weltgesundheitsorganisation WHO nach wie vor die am weitesten verbreitete Zivilisationskrankheit. Das Prophylaxeprogramm, das seit 2004 in allen Kärntner Kindergärten und seit 2007 auch in allen Volksschulen durchgeführt wird, wurde von internationalen Kinderärzten als das beste weltweit ausgezeichnet. „Allein im Jahr 2010 wurden in Kärnten 216 Kindergärten und im Schuljahr 2009/2010 93 Volksschulen zahnpädagogisch betreut. Rund 9.700 Kindergartenkinder und 17.277 Volksschüler wurden so mit Zahngesundheitsförderung vertraut gemacht“, so Kaiser. Erklärtes Ziel ist es, die von der WHO definierten Vorgaben zu erreichen, nach denen 2020 zumindest 80 Prozent aller Sechsjährigen kariesfrei sein sollen. ♦



Landespresdienst Bgld.

LH-Stv. Peter Kaiser: „Ein Kinderlächeln strahlt doppelt, wenn man bedenkt, dass gesunde Milchzähne mit hoher Wahrscheinlichkeit gesunde Zähne bis ins hohe Lebensalter mit sich bringen.“

VSSTÖ

ÖH-Wahlen: Angelika Gruber ist Spitzenkandidatin



Die 24-jährige Angelika Gruber geht für den Verband Sozialistischer Student_innen (VSSTÖ) als Spitzenkandidatin bei den ÖH-Wahlen ins Rennen.

„Der Schwerpunkt des VSSTÖ bei den ÖH-Wahlen 2011 liegt bei der finanziellen Absicherung von Studierenden“, erklärt VSSTÖ-Spitzenkandidatin Gruber. Der VSSTÖ fordert daher u.a. 250 Euro Grundsicherung für alle Studierenden sowie

Deine starke Stimme
für faire Beihilfen im Studium!



Deine Stimme für den VSSTÖ.
ÖH-Wahlen: 24. bis 26. Mai



die Erhöhung der Höchststudienbeihilfe auf mindestens 800 Euro, so die VSSTÖ-Spitzenkandidatin. SPÖ-Wissenschaftssprecherin Andrea Kuntzl betonte, dass „Angelika Gruber eine starke Stimme für die Studierenden und ihre Anliegen ist“. Mehr zum VSSTÖ und zu den ÖH-Wahlen, die vom 24.-26. Mai stattfinden, unter: www.vsstoe.at ♦

Steht voll auf Seiten der Studierenden: VSSTÖ-Spitzenkandidatin Angelika Gruber.



schauspielhaus graz

Kulturelle Bildung im 21. Jahrhundert

Das Schauspielhaus Graz will mit dem Modellversuch „Schauspiel Aktiv!“ das Interesse von Schülern am Theater wecken und ihnen mit Workshops, Projekttagen und Fortbildungen Raum zur Entfaltung geben.

„Jugendliche haben ein Recht auf Teilhabe an dem ‚Kulturraum‘, in dem sie leben. Diese Teilhabe erfordert eine aktive Beschäftigung mit Kunst, nicht nur eine rezeptive.“

Kulturelle Bildung im 21. Jahrhundert erfordert die Partizipation aller Kulturinstitutionen. Die Zusammenarbeit von Ausbildungsstätten und Kultureinrichtungen steht zurecht ganz oben auf der Agenda internationaler Kulturpolitik. Idealerweise sollen Heranwachsende alle Facetten von Kunst kennenlernen. Sie haben ein Recht auf Teilhabe an dem „Kulturraum“, in dem sie leben. Diese Teilhabe erfordert eine aktive Beschäftigung mit Kunst, nicht nur eine rezeptive. Wie also betreiben wir, als Theater, „kulturelle Bildung“? Ein alter Freund von mir – ein Hamburger – sagt immer: Wenn man einen Segler ausbilden will, muss man in ihm von allen Techniken zuerst die Leidenschaft für das Meer wecken. Das heißt übersetzt auf das Theater: Weniger Wissens- und Informationsvermittlung und mehr Suche nach den Quellen der eigenen Kreativität. Weniger Stücklektüre – mehr spielerischer Selbstversuch. Alles geschieht über das Erleben. Wer Freude am Erlebten gewonnen hat, wird sich das Wissen dann später hoch motiviert selber aneignen.

Spielerische Selbstversuche

2008 starteten wir am Schauspielhaus Graz den Modellversuch „Schauspiel Aktiv!“, als erstes österreichisches Repertoiretheater mit einem Spielplan, der nicht explizit auf Jugendliche ausgerichtet ist. Wir ahnten nicht, dass wir von dem Erfolg geradezu überrollt werden würden und dass die Schulen schnell und unbürokratisch ihre Pforten öffneten für unser Angebot an Workshops, Projekttagen und Fortbildungen. Beispiel für ein beliebtes Format: Schüler unterschiedlicher Schultypen – von



schauspielhaus graz

In „Spielclubs“ am Grazer Schauspielhaus erarbeiten sich Jugendliche unterschiedlicher Nationalitäten gemeinsam ein Theaterstück – bis zur Premiere.

AHS bis zur Berufsschule – und ihre Lehrer beschäftigen sich mit einem Theaterstück, bevor sie es auf der Bühne sehen werden – als organisierter Klassenbesuch im Schauspielhaus. Sie diskutieren unter Anleitung der Theaterpädagogen den Kern des Stücks und schlüpfen dann vier Stunden lang in die Figuren – mit ihren eigenen Worten, ihrer eigenen Geschichte, ihrem eigenen Material. Häufig passiert dann Folgendes: Die bekannten Automatismen in der gegenseitigen Wahrnehmung der Schüler untereinander und auch zwischen Lehrer und Schülern lösen sich auf. „Ich bin total überrascht, wie viel in meinen Klassenkameraden drinsteckt. Das hätte ich gar nicht erwartet“ ist ein häufiger Kommentar. „Bildung erfolgt nicht als fremdes Gut ‚von außen‘ aufgezwungen, das entsprechend schwer inkorporiert werden kann, sondern von innen. Sie geht aus vom ‚Eigenen‘ der Schüler, wo sich ihre Lebenserfahrungen und Lebensprobleme, ihre Suche nach Identität und Rolle mit dem Geschehen auf der Bühne verknüpft“, meint etwa eine Lehrerin an einer berufsbildenden mittleren und höheren Schule.

Theater als eigener Ausdrucksraum

Sehr wichtig – und perspektivisch weiter ausbaubar – sind uns die Angebote für junge Menschen, sich in ihrer Freizeit das Theater als einen eigenen Ausdrucksraum zu erobern: in den Spielclubs, wo viele der in Graz ansässigen Nationalitäten in den Probenräumen des Schauspielhauses ein Stück bis zur Premiere erarbeiten.

Was bleibt zu wünschen, angesichts von 27.000 Teilnehmern in drei Spielzeiten? Viel! Viele Nachahmer in ganz Österreich. Und zahlreiche neue Wege zum internationalen Austausch über kulturelle Bildung – am liebsten mit aktiven Schülern aus vielen verschiedenen Ländern. ♦

Anna Badora, 1951 in Polen geboren, ist polnisch-österreichische Regisseurin und seit 2006 geschäftsführende Intendantin am Schauspielhaus Graz. 2008 initiierte sie das Pilotprojekt „Schauspiel Aktiv!“, an dem in drei Spielzeiten mehr als 27.000 Jugendliche teilnahmen.

TERMINKALENDER

Montag, 21. 3.

Verleihung Bruno-Kreisky-Preis

Der Bruno-Kreisky-Preis für das politische Buch wird heuer an Hans Mommsen für sein publizistisches Gesamtwerk verliehen. Traude Bollauf („Dienstmädchen-Emigranten. Die Flucht jüdischer Frauen aus Österreich und Deutschland nach England 1938/39.“) sowie Gregor Mayer und Bernhard Odehnal („Aufmarsch - Die rechte Gefahr aus Osteuropa.“) werden für ihre Bücher mit dem Anerkennungspreis geehrt. Nach der Begründung der Jury durch EU-Abgeordneten Hannes Swoboda werden die Preisträger zur Ehrung sprechen. Anmeldung: (01) 804 08 74 oder post@renner-institut.at

Beginn: 20 Uhr

Prunksaal der Österreichischen

Nationalbibliothek

Josefsplatz 1

1010 Wien

Dienstag, 22. 3.

Vortrag „Frauen in Palästina“

Seit vielen Jahren unterstützt UN Women Projekte verschiedener Frauenorganisationen in Israel und Palästina, die sich für den Friedensprozess und Empowerment von Frauen in der Region engagieren. Karin Reinprecht, die seit 2010 im Auftrag der UN in Palästina Projekte evaluiert und eine Strategie zur nachhaltigen Unterstützung und Förderung von Mädchen und Frauen erarbeitet, wird in ihrem Vortrag auf die Probleme und Chancen für die Gleichstellung von Frauen in Palästina eingehen. Ebenso wird sie darüber sprechen, mit welchen Projekten UN Women Geschlechtergerechtigkeit errei-

chen möchte. Anmeldung: (01) 589 80 423 oder elisabeth.gutenbrunner@ega.or.at

Beginn: 18.30 Uhr

ega: frauen im zentrum

Windmühlgasse 26, 1060 Wien

Mittwoch, 23. 3.

Vortrag „Neue Tendenzen in den Internationalen Beziehungen“

Der ehemalige Außenminister und Ministerpräsident Russlands Jewgeni Maximowitsch Primakow referiert im Sitzungssaal des Nationalrates über neue Tendenzen in den internationalen Beziehungen. Begrüßende Worte werden von Nationalratspräsidentin Barbara Prammer gesprochen.

Anmeldung:

veranstaltungen10@parlament.gv.at

Beginn: 12.00 Uhr

Österreichisches Parlament

Dr. Karl Renner-Ring 3 (Zentraleingang)

1010 Wien

Mittwoch, 23. 3.

Zukunftsdiskurs Bildung



Österreich 2020 veranstaltet einen Zukunftsdiskurs zum Thema Bildung mit Bundesministerin Claudia Schmied.

Anmeldung: (01) 316 702 625 oder

Jutta.wolf@spoe.at

Beginn: 19.00 Uhr

Eduard Schwarz Haus

8600 Bruck/Mur

Freitag, 25. 3.

Diskussionsrunde „Testfall Nordafrika“

Die Arbeitsgemeinschaft für wissenschaftliche Wirtschaftspolitik (WiWiPOL) lädt zum Vranitzky-Kolloquium über die aktuellen Ereignisse in Nordafrika und deren Auswirkungen auf Europa und Österreich. Diskutanten sind Livia Klingl (Reporterin im Ressort Außenpolitik, Kurier), Walter Koren (Leiter Außenwirtschaft, WK Österreich), Gabriele Matzner (Botschafterin a.D. in Tunesien) und Kurt Wagner (General Manager OMV Libyen, angefragt). Moderiert wird die Veranstaltung von Raphael Sternfeld (WiWiPOL). Anmeldung: (01) 319 44 47 oder

office@wiwipol.at

Beginn: 10.30 Uhr

Österreichische Nationalbank (OeNB)

Kassensaal

Otto-Wagner-Platz 3. 1090 Wien

IMPRESSUM

Medieninhaber und Herausgeber:

SPÖ, 1014 Wien, Löwelstraße 18,

Chefredakteur: Mag. Thomas Geiblinger,

Chefin v. Dienst: Mag^a Ute Pichler,

Redaktion: Markus Bacher, Mag. Gerald Demmel,

Mag^a Alexandra Hopf, Mag^a Birgit Jung,

Philipp Lindner, Mag. Peter Prantl, Michael Sifkovits,

Mag^a Sophia Schönecker, Mag. Matthias Schulz,

Andreas Strobl, Susanne Vockenhuber

Bildredaktion: Emil Goldberg,

Layout & Cover: Thomas Lehmann,

Bildbearbeitung: Max Stohanzl

Sekretariat: Michaela Pavelka, Tel: 01/534 27/275

Verlag: edition rot Buch & Zeitschriften Handels &

Verlags GmbH, 1050 Wien, Rechte Wienzeile 97

Hersteller: Leykam Druck, Wr. Neustadt,

E-Mail: spoe.aktuell@spoe.at, Homepage: www.spoe.at

Einzelpreis: 0,73 Euro; Abo: 23 Euro

NET NEWS

www.oe2020.at

Österreich 2020: Schwerpunkt Frauenpolitik

Im Anschluss an den 100. Internationalen Frauentag veröffentlicht die SPÖ-Initiative „Österreich 2020“ einen umfassenden Bericht zum Thema Frauenpolitik. Darin wurden Inputs von hunderten Menschen gesammelt und unter der wissenschaftlichen Leitung von Sybille Pirklbauer (Arbeiterkammer) eingearbeitet. Gastkommentare von zahlreichen

Autorinnen und Autoren begleiten den Schwerpunkt und beleuchten verschiedene Aspekte der Frauenpolitik. Unter dem Motto „Visionen mit Leben erfüllen“ richtet sich Frauenministerin Gabriele Heinisch-Hosek an alle Beteiligten und Interessierten, weiter am Prozess teilzunehmen. Alle Beiträge ab sofort auf www.oe2020.at abrufbar. ♦



aktuell



Zu Besuch im Bundeskanzleramt

Bundeskanzler Werner Faymann hat unlängst Schülerinnen und Schüler der Handelsakademie und Handelsschule Mistelbach im Bundeskanzleramt empfangen und ihre zahlreichen Fragen ausführlich beantwortet.



Freiwillig statt verpflichtend

Die 2013 in Kraft tretende EU-Führerscheinrichtlinie wird zu „keiner zusätzlichen Hürde für ältere Menschen“ werden, beruhigt Verkehrsministerin Doris Bures. Daher setzt die Ministerin bei Führerscheinverlängerungen auf freiwillige anonyme Gesundheits-Checks statt auf Zwangsmaßnahmen.



Die schönsten Bücher

Kulturministerin Claudia Schmied (Bildmitte) hat vor kurzem die Siegerinnen und Sieger des Wettbewerbs „Die schönsten Bücher Österreichs 2010“ ausgezeichnet. „Es ist eine Freude, diese Bücher in die Hand zu nehmen und zu lesen“, sagte die Ministerin bei der Verleihung der Preise.

P.R.I.M.A.-Award

Mit dem P.R.I.M.A.-Award werden Personen gewürdigt, die Brustkrebbspatientinnen während ihrer Erkrankung unterstützen. Als Mitglied des P.R.I.M.A.-Komitees setzt auch Frauenministerin Gabriele Heinisch-Hosek ein Zeichen für die Brustvorsorge. Im Bild v.l.n.r.: Opernsängerin Daniela Fally, Frauenministerin Gabriele Heinisch-Hosek, Preisträgerin Brigitta Wieser und Telekom Austria-Generaldirektor Hannes Ametsreiter.